

EU 2020 - DIE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR INTELLIGENTES, NACHHALTIGES UND INTEGRATIVES WACHSTUM

HINTERGRUND

Im Juni 2010 hat der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs („EU-Gipfel“) die „Strategie der Europäischen Union für Beschäftigung, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ bis zum Jahr 2020 – kurz [Europa 2020](#) – beschlossen. Sie löst die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ab und sucht Antworten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Zu diesem Zweck will die Europäische Kommission Beschäftigung steigern, Forschung und Entwicklung fördern, den Klimawandel bekämpfen, Armut und soziale Ausgrenzung verringern sowie das Bildungsniveau verbessern. Diese fünf Kernziele werden von sieben Leitinitiativen ergänzt. Zur Umsetzung von Europa 2020 hat die EU ein System wirtschaftspolitischer Steuerung etabliert, etwa das Europäische Semester, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Sanierung des Finanzsektors.

ZENTRALE INHALTE

Die fünf Kernziele der Europa-2020-Strategie

Beschäftigung

- 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen

Forschung und Entwicklung

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen auf drei Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts steigen

Klimawandel und Energie

- Die Treibhausgasemissionen sollen um 20 Prozent gegenüber 1990 sinken
- Erneuerbare Energien sollen 20 Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs ausmachen
- Die Energieeffizienz soll um 20 Prozent steigen

Bildungsniveau

- Die Quote der Schulabbrecher soll unter zehn Prozent sinken
- 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen sollen über eine abgeschlossene Hochschulbildung verfügen

Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen

- Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen soll um 20 Millionen sinken

Die Sieben Leitinitiativen zur Realisierung der Kernziele

Digitale Agenda für Europa:

- Schaffung eines digitalen Binnenmarkts mit Hilfe von ultraschnellem Internet

Innovationsunion:

- Neuausrichtung von Forschung und Entwicklung auf die dringendsten Herausforderungen der Gesellschaft (Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz, Gesundheit, demografischer Wandel)

Jugend in Bewegung:

- Förderung des Auslandsstudiums, bessere Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, Verbesserung der Chancengleichheit

Ressourcenschonendes Europa:

- Verringerung der CO₂-Emissionen, Steigerung der Energieversorgungssicherheit und Ressourcenschonung (s. [Steckbrief zur Europäischen Ressourcen- und Rohstoffpolitik](#))

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung:

- Unterstützung europäischer Unternehmen bei der Anpassung an die Globalisierung

Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten:

- Modernisierung der Arbeitsmärkte die das Beschäftigungsniveau steigern und die Arbeitslosigkeit senken soll

Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut:

- Unterstützung von Menschen in Armut Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts

Wirtschaftspolitische Steuerung zur Umsetzung von Europa 2020

Fünf wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente sollen die Strategie Europa 2020 umsetzen. Die EU will dies durch eine straffere Wirtschaftsagenda, Maßnahmen zur Erhaltung der Stabilität der Eurozone und eine Sanierung des Finanzsektors erreichen.

Das Europäische Semester

Das Europäische Semester ist ein Instrument zur Kontrolle und Koordination der Umsetzung der Ziele der Europa-2020-Strategie in den Mitgliedstaaten. Das Europäische Semester wurde von der Europäischen Kommission etabliert und fand erstmals 2011 statt. Jedes Jahr analysiert die Kommission dabei die Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der 27 Mitgliedstaaten und gibt Empfehlungen zur Verbesserung dieser Programme. Das Semester beginnt am Ende eines jeden Jahres mit dem Jahreswachstumsbericht der Kommission. Im März zieht der Europäische Rat dann Bilanz zur makroökonomischen Gesamtlage sowie zu den Fortschritten bei den fünf Kernzielen für 2020 und den sieben Leitinitiativen. Im April erstellen die Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SKPs) sowie ihre nationalen Reformprogramme (NRPs), welche die europäischen Kernziele und Leitinitiativen in nationale Ziele übersetzen. Diese werden im Mai und Juni von der Kommission geprüft, die anschließend länderspezifische Empfehlungen zu den einzelnen Programmen ausspricht. Im Folgemonat werden diese Empfehlungen offiziell durch den Europäischen Rat genehmigt. Dies beschließt das Ende eines Europäischen Semesters.

STECKBRIEF

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Rest des Jahres
Europäische Kommission	stellt jährlichen Wachstumsbericht vor				bewertet Reformprogramme der Mitgliedstaaten	sendet Reformvorschläge an Mitgliedstaaten	
EU-Ministerrat		diskutiert Wachstumsbericht vor dem Europäischen Rat				nimmt Reformvorschläge an	überwachen Umsetzung der Reformvorschläge
Europäisches Parlament		diskutiert Wachstumsbericht vor dem Europäischen Rat					
Europäischer Rat			entwirft Reformprioritäten für Mitgliedstaaten			diskutiert und ergänzt Reformvorschläge	
Mitgliedstaaten				schicken nationale Reformprogramme und Stabilitäts-/Konvergenzprogramme an die Europäische Kommission			legen ihren Parlamenten überarbeitete Budgetentwürfe vor

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt dient als Leitfaden für die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten und soll dazu beitragen, die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, die jährlich im Rahmen des Europäischen Semesters veröffentlicht werden, geben der Kommission und dem Europäischen Rat die Möglichkeit, Probleme in den Haushalten der Mitgliedstaaten frühzeitig zu erkennen. Falls ein Mitgliedstaat die festgelegte Defizitgrenze von drei Prozent überschritten hat, gibt der Europäische Rat Empfehlungen zur Behebung des Problems und leitet gegebenenfalls Sanktionen ein.

Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte

Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in den EU-Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren zu einem Ungleichgewicht auf makroökonomischer Ebene geführt. Die EU will derartige Probleme in Zukunft frühzeitig erkennen. Zu den Problemen gehören etwa Wettbewerbsschwächen und Immobilienblasen.

Euro-Plus-Pakt

Die Länder der Eurozone sowie sechs weitere Mitgliedstaaten (Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien) sind Teil des Euro-Plus-Paktes, der Reformen in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Haushaltsdisziplin und Stabilität der Finanzmärkte beinhaltet. Der Pakt wird von den teilnehmenden Staaten in die nationalen Reformprogramme eingebettet.

Sanierung des Finanzsektors

Um den Finanzsektor zu sanieren und Probleme früh zu erkennen, sollen Akteure im Finanzsektor beaufsichtigt werden. Langfristig sollen weitere Maßnahmen dazu beitragen, dass die europäischen Banken ausreichende Kapitalreserven aufbauen, sodass sie auf zukünftige Erschütterungen des Finanzsystems besser reagieren können.

NATIONALE EBENE

Die nationale Umsetzung von Europa 2020

In jährlichen nationalen Reformprogrammen (NRP) berichten die Mitgliedstaaten über die Umsetzung der Ziele von Europa 2020 im nationalen Kontext. Eine Überprüfung der Reformprogramme für 2012 durch die DNR EU-Koordination hat gezeigt, dass die Umsetzung der umweltpolitischen Ziele insbesondere bei Ressourcen- und Energieeffizienz noch Lücken aufweist.

So sollen die Mitgliedstaaten ihren Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Trend, konkret um 368 Megatonnen Öleinheiten (Mtoe) senken. Die [Auswertung der Reformprogramme](#) zeigt jedoch, dass mit den Zielen der Mitgliedstaaten nur 206,5 von den geplanten 368 Mtoe gespart werden können. Spannend wird dies 2014: Die Energieeffizienzrichtlinie sieht dann vor, dass die Kommission Maßnahmen vorschlägt, wenn die nationalen Ziele nicht genügen, um das EU-Ziel zu erreichen.

Auch die [Leitlinie Ressourcenschonendes Europa](#), die vom [Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa](#) konkretisiert wird, wurde nicht in allen nationalen Reformprogrammen berücksichtigt. Ressourceneffizienz wird nur in 15 der 27 Reformprogramme erwähnt, spezifische Maßnahmen wie die Reduzierung umweltschädlicher Subventionen oder die Verlagerung der Besteuerung von Arbeit auf Umwelt noch seltener. So werden umweltschädliche Subventionen nur in sieben Reformprogrammen erwähnt.

Deutschland ist mit seinem nationalen Ressourceneffizienzprogramm ProgRess von Februar 2012 ein Vorreiter abiotischer nichtenergetischer Ressourcenpolitik (d.h. Ressourcen wie z.B. Erze und daraus gewonnene Metalle sowie Industrie- und Baumineralien; nicht aber Ressourcen wie z.B. Wasser, Luft und Boden) in Europa. Umweltschädliche Subventionen oder die Verlagerung der Besteuerung erwähnt auch die Bundesregierung allerdings nicht in ihrem Reformprogramm.